Ortschaft Gorica bei Dibra ist inzwischen von den Truppen in Trümmer geschossen worden. Unter den Toten befindet sich auch Major Schukri Bey.

Bulgarien und die Türkei.

Konstantinopel. Dem „Tanin" zufolge hat Sir Edward Grey der Pforte erklärt, daß die in Petersburg abgeschlossene Entente im Interesse der Türkei liege und einen diplomatischen Erfolg bedeute. Ueber die Unabhängigkeit Bulgariens werde auf der Konferenz entschieden werden.

Zur Reichsfinanzreform.

Berlin. Die „Nordd. Allg. Ztg." bringt heute folgende Erklärung: Die Presse ergeht sich in Vermutungen über die Stellung der verbündeten Regierungen zu den die Reichsfinanzreform betreffenden Beschlüssen der Reichstagskommission. Hierzu bemerken wir folgendes: Die Regierungen halten daran fest, daß der Bedarf an neuen Einnahmen nicht nur durch die Besteuerung von Genußmitteln, die dem Massenverbrauche unterliegen, sondern auch durch eine allgemeine Belastung des Besitzes aufgebracht werden. Sie lehnen es ab, diese Besitzbelastung in der Hauptsache durch Matrikularbeiträge oder sonst in einer Weise geschehen zu lassen, welche die für die eigenen Ausgaben der Bundesstaaten unentbehrlichen Steuerquellen (Einkommen- und Vermögenssteuer) angreift. In der Erweiterung der Erbschaftssteuer erblicken sie nach wie vor die zweckmäßigste Form der Belastung des Besitzes. Sie vertrauen darauf, daß es gelingen wird, auf der Grundlage ihres Programms in gemeinsamer Arbeit mit dem Reichstage der Finanznot des Reiches ohne Zeitverlust Abhilfe zu schaffen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Führer der Blockparteien hatten heute mittag eine Besprechung mit dem Reichskanzler. Wie berichtet wird, steht der Reichskanzler nach wie vor auf dem Standpunkt, die Reichsfinanzreform nur mit dem Block zu machen. Man hofft noch immer auf eine Verständigung zwischen den Blockparteien.

Der deutsch-portugiesische Handelsvertrag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Ueber den deutsch-portugiesischen Handelsvertrag wird noch mitgeteilt: Unter dem Teil der deutschen Einfuhr, der im Zoll erhöht werden kann, macht polierter Reis seinem Werte nach etwa den vierten Teil aus. Es ist für ihn eine Erhöhung um 1 Real pro Kilogramm vorgesehen. Von den im Zoll gleichbleibenden Waren kommen hauptsächlich in Betracht: Zucker, Eisenbahnschienen, Eisendraht, Scheren, Nadeln, Gold- und Silberwaren, Halbfabrikate aus Kupfer und Kupferlegierung, Häute, Felle und Leder, baumwollene Spitzen und Strumpfwaren, sowie Baumwoll-Zwirn, Ganzseidenwaren, Pianos, Porzellan und Glaswaren, Druckschriften u. a. Die Zollerhöhung treffen: Wollgewebe und wollene Wirkwaren, baumwollene und seidene Gewebe, seidene und halbseidene Posamentierwaren, Farben, Reis, andere Messerwaren als Scheren, Maschinen und Apparate. Durch Zusammenlegung von Eisen- und Stahlwaren treten für letztere Ermäßigungen, für erstere teils Ermäßigungen, teils Erhöhungen ein. Zollermäßigungen erhalten: Lederwaren, Instrumente, Handwerkszeug, Kupferdraht, gewalztes Zinn, Zinndraht, Blattsilber, Stickwolle, Konfektion aus Seiden- und Halbseidengeweben, Samtartikel, Leinengewebe, wasserdichte Gewebe, Vacuum-Apparate und Walzen, chirurgische Instrumente, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse usw.

Marokko.

Berlin. (Priv.-Tel.) Mittels Rundschreiben vom 9. d. M. hat der Doyen des diplomatischen Korps in Tanger einen an ihn gerichteten Brief des dortigen Sultanvertreters mitgeteilt, worin die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der gegen den Machzen von fremden Kaufleuten geltend gemachten Forderungsansprüche zur Kenntnis des diplomatischen Korps gebracht wird. Es handelt sich um die Schuldverbindlichkeiten, die die Regierung des vorigen Sultans gegen fremde Personen übernommen hat.

Haag. Der Beginn der Verhandlungen des Schiedsgerichts über den Casablanca-Zwischenfall ist endgültig auf den 1. Mai festgesetzt. Der deutsche Agent ist der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt in Berlin, Geh. Legationsrat Dr. Lentze.

Hochwassernachrichten.

Berlin. (Priv.-Tel.) In allen Flußgebieten Deutschlands richtete das Hochwasser erheblichen Schaden an, namentlich sind die Rheingegend und Schlesien hart betroffen. Die meisten ober- und mittelrheinischen Nebenflüsse führen infolge der starken Schneeschmelze Hochwasser. Die Sieg überschwemmte weite Gebiete. Bei Brabach erfaßte die reißende Flut einen vierjährigen Knaben, der ertrank. Im oberen Laufe der Ruhr richtete das Hochwasser gleichfalls Verwüstungen an. Aus Schlesien wird gemeldet, daß bei Kleinweigelsdorf ein Dammbruch erfolgte, durch den eine Anzahl Ortschaften überschwemmt wurde. In Bunzlau sind die tiefergelegenen Gärten, Höfe und Grundstücke überschwemmt. Aus Magdeburg wird gemeldet, daß das Wasser der Schwarzen Elster, Mulde, der Weißen Elster, Saale, Gera, Unstrut und Bode im Fallen begriffen ist, dagegen ist auf dem Oberlauf der Elbe weiteres Wachsen zu erwarten. Die Arbeiten an der Dammbruchstelle werden fortgesetzt.

Tschechische Exzesse in Prag.

Prag. (Priv.-Tel.) Anläßlich des heutigen Feiertages war der obere Teil des Wenzelplatzes kurz nach 10 Uhr von einer nach Tausenden zählenden Menge angefüllt. Von deutschen Studenten waren etwa 20 farbentragende anwesend. Die Polizei hatte umfassende Vorsichtsmaßregeln getroffen, 250 Mann zu Fuß und 50 zu Pferde sorgten für die Aufrechterhaltung der Ordnung. Um 11½ Uhr, nachdem sich die meisten Studenten entfernt hatten und nur noch drei zurückgeblieben waren, kamen aus ihrer Versammlung Tausende von Klofacianern. Sobald sie der Studenten ansichtig wurden, begannen sie zu pfeifen und zu brüllen und umzingelten die Studenten. Diese gerieten in große Gefahr. Aber auch die Wache wurde arg bedrängt und mußte die Säbel ziehen. Da die Situation immer bedrohlicher wurde, rückte Gendarmerie an, und die berittenen Polizisten nahmen die Räumung des Platzes vor. Am Kaiser Franz Joseph-Bahnhofe wurde die Wache mit Steinen bombardiert, doch konnten die Exzedenten überall ohne ernste Zwischenfälle zerstreut werden.

Berlin. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde dem Entwurfe eines Weingesetzes in der vom Reichstage beschlossenen Fassung die Zustimmung erteilt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Luftschifferbataillon begeht am 27. d. M. sein fünfundzwanzigjähriges Bestehen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Berliner Polizeipräsidium beging heute die Feier seines 100jährigen Bestehens durch einen Festakt, bei dem Regierungsrat Feigell die Festrede hielt. Dann richtete der Minister des Innern v. Moltke eine Ansprache an die versammelten Beamten und brachte ein dreifaches Hurra auf den Kaiser aus.

Berlin. (Priv.-Tel.) General Castro wird heute abend in Bordeaux erwartet. Bei seiner Ankunft wird ihm von der Dampfergesellschaft mitgeteilt werden, sie gewähre ihm auf dem Dampfer „Guadeloupe" nur unter der Bedingung die Ueberfahrt, daß er mit seiner Familie das Schiff in einem der westindischen Häfen verließe. Unter keinen Umständen dürfe er Passage bis Venezuela belegen. Man nimmt an, daß Castro sich der Bedingung fügen und den Dampfer in Trinidad verlassen wird, um sich von dort nach Colon zu begeben. Uebrigens hat sich Castros Bruder im letzten Augenblick noch entschlossen, Castro auf seiner Reise zu begleiten. — Der Pariser Berichterstatter der „Voss. Ztg." meldet, Castro, der gestern in Paris eintraf, erfuhr, daß er nicht in einem venezolanischen Hafen landen dürfe. Er äußerte, er werde in Colon oder Panama, wahrscheinlich in Panama, das Schiff verlassen.

Braunschweig. Die amtlichen „Braunschweigischen Anzeigen" melden, daß die Darstellung mehrerer Blätter, als habe der Herzog-Regent die Aufnahme einer Fürbitte für den Herzog von Cumberland in das Kirchengebet geplant und es sei erst auf den Widerspruch des Staatsministers von Otto hin statt dessen eine Fürbitte für das herzogliche Haus Braunschweig eingefügt worden, vollkommen falsch ist; vielmehr seien der Herzog-Regent und der Staatsminister von vornherein über die Fürbitte für das herzogliche Haus in vollständigem Einverständnis gewesen.

Stuttgart. Der „Staatsanz." meldet: Frau Herzogin Wera von Württemberg hat heute in der Schloßkirche den Uebertritt zum evangelischen Glaubensbekenntnis vollzogen.

Wien. Der Kaiser empfing mittags im Schlosse zu Schönbrunn den deutschen Militärattaché Grafen von Kageneck in besonderer Audienz. Kageneck überbrachte als Geschenk des Deutschen Kaisers ein Album mit Aufnahmen von den anläßlich des Jubiläums des Kaisers-Franz-Garde-Regiments veranstalteten Feierlichkeiten.

Rom. Die Deputiertenkammer nahm heute die Arbeiten wieder auf. Es waren 450 Deputierte anwesend, unter ihnen fast alle Führer der Fraktionen; auch sämtliche Minister waren erschienen. Man schritt zunächst zur Wahl des Präsidenten. Es wurden insgesamt 436 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Marcora 308 und auf den Sozialisten Costa 52. Ungültig waren 3 und unbeschrieben 73 Stimmzettel. Die Wahl Marcoras wurde von allen Parteien mit Ausnahme der äußersten Linken und der äußersten Rechten mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Paris. Dem heutigen Ministerrate wohnte auch Ministerpräsident Clémenceau bei, trotzdem er an Influenza leidet. Er wird heute nachmittag in der Kammer erklären, daß die Regierung zur Verfügung der Kammer steht und bereit ist, über den Antrag Delcassé zu verhandeln, der dahingeht, einen Untersuchungsausschuß in Marineangelegenheiten zu ernennen. Minister Pichon sprach über die äußere Lage. Der Ministerrat beschloß, die Urheber der gestern hier angeschlagenen Erklärung, daß die Beamten den Unterstaatssekretär Simyan nicht mehr als Chef anerkennen, zu ermitteln und zu maßregeln.

Madrid. (Priv.-Tel.) Der „Imparcial" berichtet u. a. über Ereignisse in dem an Kamerun grenzenden spanischen Gebiet von Rio de Muni. In der Stadt Bata hatte ein deutscher Fakturist mit einigen Pamues wegen des Ankaufs von Elfenbein einen leichten Streit, worauf 4000 Eingeborene vor Bata zogen und die Auslieferung der Deutschen verlangten. Da der Untergouverneur nur über wenige Soldaten verfügte, benachrichtigte man die Deutschen in Kamerun, worauf ein deutscher Kreuzer vor Bata erschien. Der Gouverneur wies aber jede Hilfe zurück und drohte sogar, auf die deutschen Matrosen schießen zu lassen, falls sie dennoch landen sollten. Glücklicherweise genügte das Erscheinen des deutschen Kriegsschiffes, um die Eingeborenen zum Abzug zu veranlassen. Die Angelegenheit kam gestern in der Kammer zur Sprache. Die Opposition verlangt genaue Untersuchung über die Lage in der Kolonie.

Lissabon. Der Flottenrat hat den Ankauf von zwei Panzern mit 14 000 Tonnen, 6 Torpedobooten, 6 Torpedobootszerstörern und 2 Unterseebooten empfohlen.

London. Nach einer Lloyd-Meldung aus Port Said ist der Dampfer „Westfalen" des „Norddeutschen Lloyd", von Sydney unterwegs, im Suezkanal auf Grund gestoßen, wobei er eine Beschädigung des Ruderstevens erlitt. Der Dampfer kehrte nach Suez zurück.

Konstantinopel. Nach einer gestern hier eingegangenen Depesche wurden die türkischen Truppen unter General Jussuff, die Beit el Fakih in Yemen besetzt hatten, von dem Stamm der Zeranik angegriffen. Erst nach hartem Kampfe wurden die Feinde mit großen Verlusten zurückgeschlagen. Die Truppen hatten 20 Tote und 9 Verwundete.

Konstantinopel. Der Senator Halil Hamidi, ein Aegypter, ist zum Vakuf-Minister ernannt worden.

Konstantinopel. Das Amtsblatt veröffentlicht eine Depesche, derzufolge der Zwischenfall von Tchumai-Bala beigelegt ist.

Montevideo. Die Finanzkommission befürwortet eine Regierungsvorlage betreffend eine Anleihe von 30 Millionen Francs, die für öffentliche Arbeiten bestimmt ist. Die Verzinsung soll 5 Prozent, die Amortisation 1 Prozent jährlich betragen. Mehrere Deputierte beabsichtigen, zu beantragen, daß die Anleihe sich sogar auf 50 Millionen beziffern soll.

Kairo. Infolge der neuerdings in der arabischen Presse enthaltenen scharfen Angriffe genehmigte der Ministerrat die Wiederanwendung des Preßgesetzes vom Jahre 1881, von dem seit 1894 kein Gebrauch gemacht worden war. Das Ministerium des Innern ordnete jedoch an, daß die ordentlichen Gerichte entscheiden sollen, sobald es für nötig gehalten werden sollte, zu Repressivmaßregeln zu greifen, und daß der Grundsatz der administrativen Unterdrückung nicht ohne vorherige Zustimmung des Ministerrats angewendet werden dürfe. Durch diese Maßnahme soll eine allzu strenge Anwendung des Gesetzes vermieden werden.

(Nachts etwa eingehende Depeschen siehe Seite 4.)

Frankfurt a. M. (Schluß.) Kredit 156.75 Diskonto 185.— Dresdner Bank 148.40 Staatsbahn 143.40 Lombarden 16.50 Laurahütte 188.50 Ungar. Gold —.— Portugiesen —.— Türkenlose —.— Fest.

Paris (nachm. 3 Uhr) Rente 97.17 Italiener 109,35 Neue Portugiesen 69,80. Spanier 88,30 Türken (unific. Anl. 88.20 Türkenlose 174,50 Staatsbahn 724.—. Lombarden —.— Ottomanbank 712.— Behauptet.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per März 24.05, per Mai-August 24,30, matt. Mehl per März 62.25 per September-Dezember 61,50, ruhig. Spiritus per März 30,25, per September-Dezember 38,—, ruhig.

Oertliches und Sächsisches.

— **Zu den Austritten aus der Reformpartei.** Die Reichstagsabgeordn. Bindewald und Gäbel sind aus der Deutschen Reformpartei ausgeschieden und haben sich der Wirtschaftlichen Vereinigung angeschlossen. Damit verringert sich die Zahl der reformerischen Reichstagsabgeordneten (außer den 2 Hospitanten Bruhn und Köhler) von 5 auf 3 (Zimmermann, Gräfe und Werner). Hierzu schreibt die „D. Ref.": „Bisher ist uns nichts bekannt, was die beiden Herren veranlaßte, aus der Reformpartei auszuscheiden. Bekanntlich wurden sowohl Bindewald als auch Gäbel erst in der Stichwahl 1907 gewählt, und zwar beide nach hartem Kampfe gegen die Nationalliberalen bezw. gegen die Sozialdemokraten. Was Bindewald anbetrifft, so verliert die Reformpartei einen tüchtigen Agitator. An der Person des Herrn Gäbel verliert weder die Reformpartei noch gewinnt die Wirtschaftliche Vereinigung etwas, wenn Herr Gäbel ebenso für dieselbe tätig ist wie er in den Jahren 1907 bis 1909 für die Reformpartei tätig war. Gerade Gäbel verdankt der energischen Agitation der Dresdner und Riesaer Reformer seinen Wahl-Sieg. Doch war es schon sicher, daß Herrn Gäbel keine Kandidatur des Kreises Riesa-Großenhain-Meißen angeboten worden wäre. Er hat sich in den letzten Jahren um seinen Wahlkreis überhaupt nicht gekümmert. In den Parteitagen zu Königsbrück, Leipzig und Riesa (sein Wahlkreis) glänzte er unter den nichtigsten Vorgaben mit seiner Abwesenheit. Natürlich hinderte das Gäbel nicht, im Reichstage entgegen dem Parteibeschlusse der Reformpartei für das Börsengesetz zu stimmen. Gäbel gehörte früher der Konservativen Partei, später der Deutschsozialen Reformpartei, dann der Deutschen Reformpartei und jetzt der Wirtschaftlichen Vereinigung an."

— **Zur städtischen Steuerreform.** In dem Druckbericht, den, wie bereits erwähnt, der Ausschuß zur Vorberatung der Steuerreform fertiggestellt hat, werden des weiteren noch eine Billett- und Lustbarkeitssteuer, eine Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen, eine Erhöhung der Biersteuer sowie endlich eine Erhöhung der Einkommensteuer (um 4 Prozent) in Vorschlag gebracht. Nach der Billettsteuer sollen alle Billetts besteuert werden, die mehr als 40 Pfg. kosten, und zwar setzt sie mit 5 Pfg. ein (bei Billetten von 40 Pfg. bis 1 Mk.), um bei einem Billettpreis von 3 Mk. den Höchstsatz mit 20 Pfg. zu erreichen. Die Billetts zu den Hoftheatern und den Konzerten im Opernhause sind von der Steuer befreit. Der Gesamtertrag ist mit 100 000 Mk. angesetzt. Die Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen trifft vor allem die Straßenhändler. Was die Erhöhung der Biersteuer betrifft, so soll sie gesteigert werden von 50 auf 65 Pfg.: pro Hektoliter bei Doppel-, und von 25 auf 50 Pfg. bei einfachem Bier. Der Mehrertrag wird auf 80 000 Mk. veranschlagt. Die Erhöhung der Einkommensteuer um 4 Prozent setzt voraus, daß alle anderen Steuervorschläge des Ausschusses die Billigung der städtischen Kollegien finden; andernfalls würde eine noch stärkere Heranziehung des Einkommens nötig werden. Man hofft, daß die Steuerreform von den Stadtverordneten noch vor den Ferien erledigt werden wird.

— **Zur Berufswahl** wird uns aus Zollbeamtenkreisen geschrieben: Mancher Abiturient eines Gymnasiums, Realgymnasiums oder einer Oberrealschule ist aus irgendwelchen — meist finanziellen — Gründen verhindert, sich dem akademischen Studium zuzuwenden und entschließt sich daher, eine mittlere Beamtenlaufbahn einzuschlagen. Für solche jungen Leute bietet zurzeit die hamburgische und in zweiter Linie auch die preußische Zollverwaltung Gelegenheit zu raschem Vorwärtskommen. Beide Verwaltungen bevorzugen Bewerber, die im Besitze eines Reifezeugnisses der oben genannten Lehranstalten sind, auch wenn sie nicht die hamburgische bezw. preußische Staatsangehörigkeit besitzen. Es fehlt ihnen jetzt schon an geeignetem Nachwuchs, und dieser Mangel wird sich nach Abschluß der Reichsfinanzreform, die voraussichtlich eine erhebliche Vermehrung der Beamtenkräfte zur Folge hat, sicherlich noch steigern. In Hamburg, in dessen Bevölkerung die Liebe zum Handelsstande noch so eingewurzelt ist, daß sich junge Leute mit abgeschlossener höherer Schulbildung lieber dem kaufmännischen als dem Beamtenberufe widmen, sind gegenwärtig 40 Zollsekretärstellen wegen Beamtenmangels unbesetzt, und doch ist die Laufbahn der dortigen Zollsupernumerare im Vergleiche zu der der sächsischen Zollakzessisten geradezu glänzend. Während in Sachsen vom Eintritt als Zollakzessist bis zum Einrücken in die Sekretärstellung in der Regel mindestens 10 Jahre vergehen, erfolgt in Hamburg diese Beförderung neuerdings schon nach 2¼ bis 2½ Jahren, sofern der Zollsupernumerar das 21. Lebensjahr erfüllt und außerdem die den Abschluß der auf 2 Jahre abgekürzten Vorbereitungszeit bildenden Prüfung bestanden hat. Im ersten Jahre erhält der Supernumerar 600, im zweiten 900 Mk. feste Vergütung, der Anfangsgehalt der Zollsekretäre beträgt zurzeit noch 2200, der Endgehalt 4600 Mark. Es wird aber im Laufe der nächsten 2 Jahre eine allgemeine Aufbesserung der Gehälter der hamburgischen Beamten erwartet. Daß der Supernumerar seiner Militärpflicht als Einjährig-Freiwilliger genügt habe, ist zwar erwünscht, aber nicht unbedingt erforderlich. Auch die Aussichten auf weitere Beförderung, die von der Ablegung einer zweiten Prüfung abhängig ist, sind bei der beträchtlichen Zahl herausgehobener und gut dotierter Stellen (210) als günstig zu bezeichnen. Ueber Gesuche um Annahme als Supernumerar entscheidet die Generalzolldirektion der freien und Hansestadt Hamburg. In Preußen faßt über derartige Gesuche diejenige Oberzolldirektion Entschließung, in deren Bezirk der Bewerber als Supernumerar beschäftigt sein will. Es komen hierfür in Frage die Königl. Oberzolldirektionen in Königsberg i. Pr., Danzig, Stettin, Posen, Breslau, Berlin, Magdeburg, Hannover, Altona, Münster i. W., Kassel und Köln. Auch die preußische Zollverwaltung hat in letzter Zeit die Dauer des ebenso wie in Sachsen unentgeltlich abzuleistenden Vorbereitungsdienstes wiederholt auf 2 Jahre abgekürzt. Der preußische Zollsupernumerar, der übrigens im Range eines mittleren Beamten 2. Klasse, also im Sekretärsrange, steht, der ferner Degen mit Portepee trägt und sich zur Wahl als Reserveoffizier stellen lassen kann, hat nach beendeter Ausbildung eine Prüfung abzulegen, wird nach deren Bestehen ungefähr 1 Jahr lang (in letzter Zeit jedoch oftmals nur 3 bis 4 Monate) als Zollpraktikant verwendet und rückt dann ohne weiteres zum Zollsekretär auf (Gehalt 2000 bis 4200 Mk. neben Wohnungsgeldzuschuß). Für die Weiterbeförderung ist die Ablegung der sogenannten Oberkontrolleurprüfung notwendig. Da aber die preußische Zollverwaltung augenblicklich über 2348 herausgehobene Stellen verfügt, erfolgt die Beförderung zum Oberzollkontrolleur neuerdings im durchschnittlichen Lebensalter von 34 Jahren. Abiturienten also, die Lust zum Zöllnerberufe haben, kann diese äußerst günstige Konjunktur nur zur Ausnutzung empfohlen werden.

— **Schneller Tod.** Ein langjähriger Hofbeamter, Herr Königl. Hofzahlamtssekretär Rudolf Max Walther, ist am Mittwoch abend im Alter von 51 Jahren plötzlich an den Folgen eines Herzschlages verschieden. Der so schnell aus dem Leben Abgerufene stand viele Jahre in Diensten des Prinzen Georg im Palais auf der Zinzendorfstraße, wo er ebenfalls als Kanzleibeamter tätig war. Nach dem Ableben des Königs Albert ging der jetzt Verstorbene mit in königliche Dienste über, wo er bis zu seinem plötzliche Tode stets treu und gewissenhaft seinen Dienst erfüllt hat. Von seinen Mitarbeitern wurde er als lieber Kollege stets hochgeschätzt.

— **Carolahaus.** Bis zur Wiederbesetzung der durch das Ableben des Herrn Hofrats Dr. von Mangoldt freigewordenen Oberarztstelle der chirurgischen Abteilung des Carolahauses ist die oberärztliche Leitung dieser Abteilung Herrn stellvertretenden Oberarzt Dr. Roeßke übertragen worden.

— **Das Hochwasser der Elbe** begann gestern nachmittag im Oberlaufe zu fallen; aus Leitmeritz wurde um 3 Uhr noch ein Wasserstand von + 275 Zentimeter gemeldet.

— **Ueber Dresdner Baukunst** hielt am Mittwoch abend Herr Hofrat Doenges einen längeren Vortrag in einem Saale der „Raumkunst", vereinigte Werkstätten für Kunstgewerbe. Redner erklärte, daß er seiner ursprünglichen Absicht, als Aesthet zu sprechen, nicht folgen könne, sondern den Historiker zu Worte kommen lassen müsse. Als spezielles Gebiet wolle er sich über Dresdens Baukunst verbreiten. Das Alter der baukünstlerischen Kultur der sächsischen Residenz stehe in keinem Verhältnis zu ihrer Größe; der Barockstil bestimme ihre künstlerische Silhouette. Zeugen römischer Vergangenheit wie Köln und ein frühromanischer Stil, wie ihn die Stadt Hildesheim in ihren Mauern beherberge, würde man in Dresden vergebens suchen. Das Fehlen älterer baukünstlerischer Wahrzeichen sei dem Umstande zuzuschreiben, daß das damalige kirchliche Leben mit seiner Prunkentfaltung und baukünstlerischen Schöpfungen sich im benachbarten Meißen konzentriert habe. Für den dortigen Dom und die Albrechtsburg habe man Mittel in Hülle und Fülle besessen, aber für die Stadtkirche Dresden, die Kreuzkirche, so gut wie nichts. Auch am Dresdner Schlosse habe man nur Renovierungsarbeiten verrichten lassen. Trotzdem eine Umgestaltung des Residenzschlosses